

# Kriterien für Sonnenstrom und Windkraft

## Gemeinderat Petershausen befürwortet Machbarkeitsstudien zur Standortermittlung

VON PETRA SCHAFFLIK



Zwischen Lindach und Ziegelberg soll der erste Solarpark in der Gemeinde entstehen. Das Rathaus erhält ständig neue Anfragen von Grundstückseigentümern. Foto: ps

**Petershausen** – Die Energiewende muss mehr Tempo aufnehmen: Das wurde mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine noch deutlicher. Dieser steigende Handlungsdruck wird auch im Petershausener Rathaus spürbar. Dort gehen aktuell reihenweise Anfragen von Grundeigentümern ein, die auf Ackerflächen eine Freiflächen-Photovoltaikanlage installieren wollen.

„Das geht vom unverbindlichen Dreizeiler bis zu Bürgern, die bereits einen Projektentwickler und ein Konzept haben“, berichtete Bauamtsleiter Thomas Schleicher im Bauausschuss des Petershausener Gemeinderats.

Grundsätzlich ist man in Petershausen aufgeschlossen für Strom vom Acker. Planungen laufen aktuell für einen 21-Hektar-Solarpark in Lindach. Doch damit

nicht genug. Im Januar entschied der Gemeinderat, zwei Prozent der Gemeindefläche, das wären rund 65 Hektar, für Sonnenstrom vorzusehen.

Doch wo sind Sonnenkraftwerke sinnvoll? Noch beim Grundsatzbeschluss zu Jahresanfang hielten die Gemeinderäte es nicht für notwendig, sofort in einen Flächennutzungsplan einzusteigen, wie es damals die CSU-Fraktion vorgeschlagen hatte. Doch jetzt, wenige Monate später, erscheint angesichts der Flut von Anfragen eine sachliche Entscheidungsgrundlage notwendig.

Um nach fachlichen Aspekten zu urteilen und transparent zu entscheiden, wird daher eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Das entschieden die Gemeinderäte einstimmig. Ziel ist ein Plan, der nach klaren Kriterien sogenannte „Positiv-Flächen“ ausweist.

Auch mit diesem Leitfaden bleibt die Entscheidung beim Gemeinderat, betonte Bauamtschef Schleicher. Und nicht betroffen davon ist der Solarpark Lindach, für den bereits das Bebauungsplanverfahren läuft.

„Auch wir Gemeinderäte brauchen Anhaltspunkte“, sagte Josef Gerer (CSU). Und Margarete Scherbaum (FW) will die erneuerbare Energie „auf jeden Fall vorantreiben“. Noch mehr „Druck von oben und Bürokratieabbau“ wünscht sich Wolfgang Stadler (SPD), der als zweiter Bürgermeister kurzfristig für Rathauschef Marcel Fath die Sitzung leitete.

Weniger als beim Sonnenstrom tut sich aktuell bei Windkraft – wegen der nach wie vor gültigen 10-H-Regel. Diese besagt, dass Windkraftanlagen einen Mindestabstand vom Zehnfachen ihrer Höhe zu Wohngebäuden haben müssen.

Dennoch wird Petershausen sofort auch eine Machbarkeitsstudie Windkraft erstellen lassen. „Damit wir gerüstet sind, falls 10-H fällt“, so Bauamtsleiter Schleicher.

Hier gibt es bereits Daten aus dem Teilflächennutzungsplan Windkraft, den einige Kreisgemeinden 2013 initiiert hatten. Das Konzept wurde mit Einführung von 10-H im Jahr 2016 eingestellt. Aber die damals erarbeiteten Grundlagen können als Basis für die Machbarkeitsstudie dienen, so Schleicher. Doch bei Windkraft gehen die Meinungen auseinander, auch im Bauausschuss: Ganz wichtig findet Margarete Scherbaum (FW) die Machbarkeitsstudie Windkraft, „denn wir müssen streuen, brauchen Sonne, Wind und möglichst noch Biomasse“. Alexander Heisler (Grüne) stimmte dafür, „weil wir auch in der Nacht Strom brauchen“. Die Windkraft-Studie sei „sogar noch wichtiger, weil Windkraft privilegiert ist“, betonte Stefan Ebner (CSU). Sobald 10-H falle, „kann jeder bauen, ohne dass wir das grundsätzlich verhindern können“, erläuterte er seinen Ratskollegen.

Umso hilfreicher die Studie, auf deren Grundlage sich sofort ein Teil-Flächennutzungsplan erarbeiten lasse, erklärte der Bauamtsleiter. Nur so lasse sich im Fall der Fälle steuernd eingreifen. Doch Günther Rapf (FW) verwies auf neuartige Windräder, die nur mehr 40 Meter hoch sind, auch Josef Gerer (CSU) will „die technische Entwicklung abwarten“.

Mit knapper Mehrheit von vier zu drei Stimmen entschied das Gremium, auch für Windkraft eine Machbarkeitsstudie erstellen zu lassen. Gegenstim-

men kamen von Günther Rapf (FW), Josef Gerer (CSU) und Martin Seemüller (ÜBP).

Beide Studien, die je rund 10 000 Euro kosten, gab der Ausschuss anschließend in nicht-öffentlicher Sitzung in Auftrag. Die Ergebnisse sollen bis Ende des Jahres vorliegen.